

LaG - Magazin

Das Spannungsfeld zwischen geschichtspolitischen

Initiativen und der historischen Bildungsarbeit

über die Geschichte der DDR

04/2016 20. April 2016

Inhalt

Zur Diskussion

„Möchtest du in einer Demokratie leben oder in einer Diktatur?“ Warum das Totalitarismusparadigma (immer noch) keine gute Grundlage für die historisch-politische Bildung ist	5
Revanche im "Historikerstreit"	11
Geschichtspolitik und historisch-politische Bildung – ein Spannungsfeld	15

Vorstellung Unterrichtsmaterial

Mythos DDR – Ostalgie und Wirklichkeit	18
--	----

Empfehlung Fachbuch

„Kalte Krieger“ gegen den Kommunismus – die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)	21
Ein Kampf um Deutungshoheit – Die Kontroversen um das ehemalige Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in der Leistikowstraße in Potsdam	24

Empfehlung Fachdidaktik

Kontroversen und zu DDR und Einheit im Unterricht	30
---	----

Vorstellung Lernort

Die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ in Erfurt	33
--	----

Empfehlung Film

Stalin hat uns das Herz gebrochen	35
---	----

Liebe Leserinnen und Leser, wir begrüßen Sie zum aktuellen LaG-Magazin. In dieser Ausgabe steht das Verhältnis von Geschichtspolitik und Bildungsarbeit zur DDR im Mittelpunkt. Die, unter anderem aufgrund der zeitlichen Nähe zum Ende der DDR, teils heftig geführten Auseinandersetzungen um Deutungshoheiten und Interpretationen darüber wie der autoritäre und diktatorisch durchgesetzte Sozialismus zu deuten sei, wirken sich anhaltend auf die historisch-politisch Bildungsarbeit und das Geschichtslernen aus. Indirekt verhandelt wird dabei unter anderem der demokratische Charakter von Bildung überhaupt. Fragen darüber, ob und wie die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und der DDR-Historie in der Förderlandschaft gegeneinander ausgespielt werden oder inwieweit der berühmte Beutelsbacher Konsens Bestand hat, stehen zur Debatte. In die Diskussion spielt auch hinein, ob sich die DDR überhaupt als monolithischer Staat deuten lässt und wie es um das Mitmachen der Bürger_innen bestellt war. Unterlag letzteres ausschließlich Zwang und gesellschaftlichem Druck, oder welche anderen Motivlagen existierten? Auch die Frage, inwieweit totalitarismustheoretische Geschichtsdeutungen überhaupt einen Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte beitragen können, oder ob sie nicht dazu führen die historisch-politische Bildung zum Nationalsozialismus in Konkurrenz zu setzen zur pädagogischen Arbeit über die DDR, wäre zu diskutieren.

Cornelia Siebeck setzt sich mit der von ihr konstatierten Renaissance des Totalitarismus auseinander. Dabei bezieht sich auf Anforderungen und Herausforderungen für die historisch-politische Bildungsarbeit.

Martin Jander widmet sich der von Salomon Korn im Zusammenhang mit dessen Rückzug aus der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ festgestellten „Waagschalenmentalität“, die vorherrsche, wenn es um die unterschiedlichen Gedenkpoltiken zu den Folgen von Nationalsozialismus und DDR ginge.

Elena Demke schreibt über das Spannungsfeld zwischen den normativen Erwartungen Lehren aus der mittels Vermittlung von Geschichte, Demokratie- und Menschenrechtserziehung zu ziehen und der Ansicht, dass historisches Lernen nicht zur Werteerziehung taue.

Wir danken allen externen Autor_innen für ihre Diskussionsbeiträge.

Webinar zum LaG-Magazin

Das vorliegende Magazin wird durch ein Webinar (Online-Seminar) begleitet. Interessierte haben die Möglichkeit mit Elena Demke (LStU Berlin) online zu diskutieren. Das einstündige Webinar findet am 25. Mai 2016 zwischen 15.00 und 16.00 Uhr statt. Neben dem selbstverständlichen Internetzugang wäre ein Headset für die Teilnahme von Vorteil. Das Webinar wird mit der Software Adobe Connect durchgeführt.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Einleitung

Die Software bietet auch kostenlose Apps (Apple und Android) für mobile Endgeräte an.

Bitte melden Sie sich per E-Mail bis zum 24. Mai an bei: Birgit Marzinka (marzinka@agentur-bildung.de). Sie erhalten einen Link, mit dem Sie sich als Gast mit einem Gastnamen in das Webinar einloggen können. (Beispiele für Webinare finden Sie auf unserem Portal Lernen aus der Geschichte <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Online-Lernen/Web-Seminare>)

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 25. Mai zum Thema „Gulag“. Auch zu diesem Magazin ist ein Webinar in Planung.

Ihre LaG-Redaktion

„Möchtest du in einer Demokratie leben oder in einer Diktatur?“ Warum das Totalitarismusparadigma (immer noch) keine gute Grundlage für die historisch-politische Bildung ist

Von Cornelia Siebeck

„Möchtest du in einer Demokratie leben oder in einer Diktatur? Warum?“ Diese Frage wird in einem Planspiel zum Aufstand des 17. Juni 1953 an Grundschülerinnen und Grundschüler der 3. bis 6. Klasse gerichtet.

„Schneide die unten stehenden Aussagen über Freiheitsrechte aus“, lautet dann die Aufgabenstellung: „Markiere alle, die dir richtig erscheinen, mit einem fröhlichen Smiley und alle, die dir falsch erscheinen, mit einem traurigen Smiley. Klebe dann die Aussagen mit lachendem Smiley unter ‚Demokratie‘ und die mit einem traurigen Smiley unter ‚Diktatur‘“. Die zu sortierenden Aussagen lauten beispielsweise: „Ein paar Menschen treffen die Entscheidungen für alle“ oder „Alle Menschen haben die gleichen Rechte“.

Lehrern und Lehrerinnen wird dazu folgende ergänzende Erläuterung empfohlen: „Demokratie: Der griechische Begriff ‚Demokratie‘ heißt übersetzt ‚Herrschaft des Volkes‘ und bedeutet, dass alle Bürger in einem Land die gleichen Rechte haben [...]. Diktatur: Das ist das Gegenteil einer Demokratie. Eine Partei oder auch nur eine Person trifft alle Entscheidungen in einem Land, ohne auf den Willen des Volkes Rücksicht zu nehmen. [...].“

„Demokratisches Grundverständnis“ ex negativo?

Das Planspiel wurde 2013 von der Bildungsagentur capito mit finanzieller und ideeller Unterstützung der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur entwickelt. Den Autorinnen und Autoren war dabei offenbar bewusst, dass ihre Zielgruppe Schwierigkeiten haben dürfte, sich in eine komplexe historische Gemengelage wie den 17. Juni 1953 hineinzudenken: „Die deutsche Teilungs- und Einheitsgeschichte und das Leben in einer Diktatur können sich Kinder im Grundschulalter kaum vorstellen.“ Jedoch verfügten sie über „einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn“, so dass das Ereignis durchaus „als Referenzrahmen für den Kampf um Freiheitsrechte sowie zur Vermittlung eines demokratischen Grundverständnisses“ dienen könne.

Warum aber sollen Grundschülerinnen und Grundschüler den ‚Kampf um Freiheitsrechte‘ an einem historischen Beispiel nachvollziehen, das für dessen gewaltsame Niederschlagung steht? Und ist nicht auch ein „demokratisches Grundverständnis“ besser am positiven Beispiel, bestenfalls im Zuge alltäglicher Demokratieerfahrung zu erwerben? Will man hingegen das vielschichtige Leben in der DDR zum Thema machen, ließen sich für diese Altersgruppe sicherlich nachvollziehbarere Anschauungsgegenstände finden als der 17. Juni 1953.

Vor allem aber stellt sich die Frage, warum Kindern ein Verständnis von Demokratie und Diktatur beigebracht werden sollte,

das eher einem Märchenbuch entlehnt scheint als dass es mit irgendeiner bisher bekannten historischen Wirklichkeit korrespondiert: Nirgendwo ‚haben‘ alle Bürger und Bürgerinnen die gleichen Rechte, und kein Diktator kann es sich leisten, den ‚Willen des Volkes‘ (der ja im übrigen nie homogen ist) komplett zu ignorieren.

Revival der Diktatur-Demokratie-Dichotomie?

Auch in einer Lehrerhandreichung der Konrad Adenauer Stiftung mit dem Titel „DDR: Mythos und Wirklichkeit“ wird mit dichotomen Gegenüberstellungen gearbeitet. In einer zweiseitigen Tabelle wird der „demokratische Rechtsstaat“ schlicht als Gegenteil einer „Diktatur“ gezeichnet (z.B.: „demokratische Wahlen“ – „keine demokratischen Wahlen“ usw.).

Im gleichen Verfahren werden „Planwirtschaft“ und „soziale Marktwirtschaft“ kontrastiert (z.B.: „Mangel“ – „Vielfalt“; „Wohlstand für Privilegierte“ – „Wohlstand für alle“ [sic!]; „Kontrolle durch den Staat“ – „Vertrauen in den Menschen“). Laut nebenstehender Lernzielliste sollen Schülerinnen und Schüler so „die unnatürliche Behinderung privaten Erfolgsstrebens durch die sozialistische Gleichheitsideologie“ erkennen und „die Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit als zentrale Einschränkung der persönlichen Freiheit beurteilen“ lernen.

Einleitend bezieht man sich dabei explizit auf eine Studie des Forschungsverbund SED-Staat, die 2012 unter dem Titel „Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche

Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen“ erschien, gefördert vom damaligen Bundeskulturstaatsminister und diversen Landeszentralen für politische Bildung. Basierend auf Erhebungen, über deren methodische und normative Prämissen sich streiten lässt, wird hier eine mangelnde Fähigkeit von Jugendlichen moniert, trennscharf zwischen ‚Demokratie‘ und ‚Diktatur‘ zu unterscheiden, konkret zwischen der Bundesrepublik und dem NS-Regime, vor allem aber der DDR. Mit Blick auf deren Untergang wird zudem mehr öffentliches „Freiheitspathos“ angemahnt.

Eine Neuorientierung der historisch-politischen Bildung?

Die konstatierten Mängel führen die Autoren und Autorinnen auf ein ideologisches Bias der bundesrepublikanischen Geschichtsdiagnostik und Zeitgeschichtsschreibung seit ‚1968‘ zurück, namentlich derjenigen Vertreterinnen und Vertreter beider Professionen, die für die didaktische Zielvorstellung eines kritisch-reflexiven Geschichtsbewusstseins beziehungsweise eine dezidiert gesellschaftsgeschichtlich orientierte DDR-Forschung stehen.

Ihnen wird eine Affinität zu sozialistischem Gedankengut unterstellt, die ihre Loyalität zur ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ fraglich erscheinen lasse, was sich dann eben auch im öffentlichen Geschichtsbild und im Schulunterricht niederschläge. Historisch-politische Bildung müsse jedoch primär „dazu befähigen, den Wert einer freiheitlich demokratischen

Grundordnung zu schätzen und Gefahren, die einer solchen Ordnung drohen, zu erkennen.“

Auf Grundlage dieser in jeder Hinsicht gewagten Thesen fordern die Autoren und Autorinnen abschließend eine rigorose Ausrichtung der historisch-politischen Bildung an der Diktatur-Demokratie-Dichotomie und damit letztlich am Diskurs des Verfassungsschutzes: Ein zu bewahrender gesellschaftspolitischer Status Quo, der seit jeher von links und rechts bedroht wird.

Ein Konzept des Kalten Krieges

Ein Verständnis von Demokratie und Diktatur, das beide Begriffe definiert, indem sie einander schematisch gegenüber gestellt werden, erinnert an den geschichts- und gesellschaftspolitischen Diskurs der 1950er- und 1960er-Jahre. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges orientierte sich die historisch-politische Bildung an einem reduktionistischen Totalitarismusparadigma: Im Nationalsozialismus und Kommunismus beherrschten demzufolge wenige Drahtzieher qua Terrorregime ein ‚verführtes‘ und/oder hilflos ausgeliefertes ‚Volk‘.

Mit dieser Lesart sollte der gewünschte Antikommunismus befördert werden, zugleich ermöglichte sie, auf eine allzu konkrete Auseinandersetzung mit der nur wenige Jahre zurückliegenden NS-Vergangenheit und ihren personellen und mentalen Kontinuitäten in der bundesrepublikanischen Gegenwart zu verzichten. Letztere konnte gegen den negativen Horizont ‚des Totalitarismus‘ als abstrakter ‚Hort der

Freiheit‘ präsentiert, Kritik am gesellschaftspolitischen Status quo im Zweifelsfall als ‚moskaugesteuert‘ diskreditiert werden.

Eine in den 1980er Jahren vorgenommene Analyse von Schulbüchern der frühen Bundesrepublik resümiert mit Blick auf die damals verbreiteten Gegenüberstellungen von ‚freiheitlicher Demokratie und totalitärem Staat‘: „Die wertgeladene Sprache und die Schwarz-Weiß-Malerei korrespondieren mit einer Idealisierung der Zustände in der Bundesrepublik. Die kritische Analyse der Realität tritt zurück hinter der normativen Komponente. Politische Bildung versteht sich in dieser Phase als ‚moralische Erziehung‘ und als Gesinnungsbildung.

Frühe Kritik des Totalitarismusparadigmas

Dieserart Bildung geriet auch zeitgenössisch bald in Kritik. Eine derartige Staatsbürgerkunde, so wurde argumentiert, bediene sich letztlich der Methoden derer, gegen die sie mobilisieren wolle. Hermann Giesecke, der als einer der Wegbereiter für die Liberalisierung der politischen Bildung in der Bundesrepublik gilt, äußerte sich 1965 wie folgt zum „Demokratie-Diktatur-Modell“: „Gewiss ist es lebenswichtig für unsere Gesellschaft, sich kommunistischer und faschistischer Bedrohung zu erwehren; insofern gehören diese modernen ‚Totalitarismen‘ zum unbestreitbaren Stoff politischen Lernens. Aber die Regierungen, die wir zu kontrollieren haben, sind keine kommunistischen und faschistischen, sondern demokratische, und das, was wir an ihnen zu kritisieren haben,

kann nur sehr entfernt damit zusammenhängen, was wir über die Politiker der DDR oder über die sowjetische Wirtschaftsplanung denken.“

Infolge solcher und ähnlicher Überlegungen wurden Ansätze einer politischen Bildung entwickelt, die nicht auf ein formalistisches Demokratieverständnis ein schwören sollten, sondern Analyse-, Kritik- und Konfliktfähigkeit befördern und zur Teilhabe an demokratischen Aushandlungsprozessen motivieren wollten. Ein diesbezüglicher Minimalkonsens wurde nach einigen zeittypischen Grundsatzdebatten bekanntlich 1976 in Beutelsbach getroffen.

Historisch-gesellschaftliche Konkretisierung der NS-Vergangenheit

Das Totalitarismusparadigma wurde seit den 1960er-Jahren auch aus der Geschichtswissenschaft heraus in Frage gestellt: Je mehr man das NS-Regime empirisch erforschte, desto weniger schien es dem behaupteten Top-Down-Modell zu entsprechen.

Auch die zunehmende öffentliche Debatte über die ‚unbewältigte Vergangenheit‘ lebte von Beginn an davon, die NS-Verbrechen eben nicht mehr in einem ‚totalitären Außen‘ zu verorten, sondern sie auf ihre vielfältigen Implikationen auch für eine demokratische Gegenwart hin zu befragen. Die Geschichte der bundesrepublikanischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist so gesehen eine der historisch-gesellschaftlichen Konkretisierung dieser Vergangenheit: Nur auf diese Weise

konnten strukturelle und mentale Kontinuitäten sichtbar und diskutierbar werden, die über die notorischen ‚zwölf Jahre‘ hinausreichten.

Insbesondere die zivilgesellschaftliche Geschichtswerkstätten- und Gedenkstättenbewegung trug seit den späten 1970er Jahren zu dieser Konkretisierung bei, indem sie die NS-Vergangenheit und deren Rezeptionsgeschichte in ihrer ganzen Komplexität alltagsweltlich verankerte. Und gerade sie machte sich mit partizipativen, auf kontinuierlichen Austausch orientierten Praktiken und explorativen Methoden (‚forschendes Lernen‘, ‚Spurensuche‘) um die Beförderung einer demokratischen Geschichts- und Debattekultur verdient.

Und das heißt: Eine Geschichtskultur, die ‚negative Vergangenheit‘ nicht als glücklich ‚abgeschlossene‘ Legitimationsressource für eine vermeintlich geläuterte Gegenwart funktionalisiert, sondern sie zu einem produktiven Irritationspotenzial macht, das immer wieder aufs Neue zum Ausgangspunkt für Diskussionen über die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft werden kann. Nur so bleibt Vergangenheit relevant – dass sie damit auch kontrovers bleibt, ist in einer Demokratie nicht nur selbstverständlich, sondern jederzeit begrüßenswert.

Aufgaben historisch-politischer Bildung zur DDR-Vergangenheit

Die historisch-politische Bildung zur DDR-Vergangenheit muss sich endlich von den diskursiven Altlasten des Kalten Krieges und deutschen Sehnsüchten nach einer positiven

Quellen:

nationalen Identität befreien. Ihre Aufgabe ist nicht, die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘ oder die ‚soziale Marktwirtschaft‘ als alternativlose ‚Lehren aus der Geschichte‘ zu affirmieren oder nachzuweisen, dass auch Deutsche in der Lage sind, eine Diktatur zu überwinden.

Ihre Aufgabe ist es, auch diese Vergangenheit historisch-gesellschaftlich zu konkretisieren, um sie auf diese Weise für eine kritische Reflexion mit Blick auf allerlei Gegenwartsfragen zu öffnen. Das kann nicht funktionieren, indem man ‚den Kommunismus‘ verdammt und dann ausschließlich auf Herrschafts- und Repressionspraktiken fokussiert. Man muss auch die strukturellen und mentalen Bedingungen des Sich-Arrangierens, Mitmachens und Befürwortens in den Blick nehmen und eine komplexe Alltagswelt sichtbar machen. Die vielfältigen Formen des Sich-Entziehens oder des Widerstandes und die demokratische Revolution von 1989 dürfen nicht im Sinne eines dauernden Kampfes um die ‚Einheit in Freiheit‘ vereinnahmt, sondern müssen in ihrem historischen Eigensinn nachvollziehbar gemacht werden. Und schließlich ist auch die schwierige Transformationszeit keineswegs unter den Teppich zu kehren.

Kurz: Wie mit Blick auf jede andere Vergangenheit auch hat historisch-politische Bildung zur DDR-Vergangenheit die Aufgabe, Themen und Fragen zu generieren, die für ein reflexives Verständnis der Gegenwart von Belang sind. Nicht zuletzt wäre hier auch eine kritische Historisierung bundesrepublikanischer Diskurse zur DDR vor und nach 1989/90 geboten.

capito. Bildungskommunikation: Probe den Aufstand! Opposition und Widerstand in der DDR am Beispiel des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Planspiel & Unterrichtsmaterial für die Klassen 3 bis 6, gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin o. J. [2013] <www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/uploads/2013-pdf/capito_17juni_planspiel.pdf> (4.4.2016).

Konrad Adenauer Stiftung: DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung (= Handreichungen zur politischen Bildung Bd. 6), 3. überarb. Aufl., Sankt Augustin/Berlin 2014. <<http://www.kas.de/wf/de/33.22677/>> (4.4.2016).

Klaus Schroeder u.a.: Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen (=Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Frankfurt a.M. u.a. 2012.

Ausgewählte Literatur:

Bernd Faulenbach: Zum Umgang mit dem Totalitarismus-Begriff vor und nach 1989. In: Lucia Scherzberg (Hg.): „Doppelte Vergangenheitsbewältigung“ und die Singularität des Holocaust (=theologie.geschichte Beiheft 5), Saarbrücken 2012, S. 113-133.

Walter Gagel: Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989/90. 3. überarb. u. erw. Aufl., Wiesbaden 2005.

Wolfgang Jacobmeyer (Hg.): Deutschlandbild und Deutsche Frage in den historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterrichtswerken der Bundesrepublik Deutschland und der DDR von 1949 bis in die 80er Jahre, Braunschweig 1986.

Lernen aus der Geschichte

Zur Diskussion

Cornelia Siebeck: Später Sieg des Kalten Krieges?
Der Forschungsverbund SED-Staat empfiehlt eine
Neujustierung der zeitgeschichtlichen Bildung, in:
Gedenkstättenrundbrief 169 (2013), S. 44-54.

Über die Autorin

Cornelia Siebeck ist Historikerin. Sie forscht, schreibt und lehrt an der Ruhr-Universität Bochum und der HU Berlin zu gedächtniskulturellen und -politischen Fragestellungen und engagiert sich im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit.

Revanche im "Historikerstreit"

Von Martin Jander

Am 21. Januar 2004 löste der damalige Vize-Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, mit einer Presseerklärung einen erinnerungspolitischen Streit aus, der bis heute nicht beendet ist. Der Streit gärt vor sich hin, blitzt hin und wieder auf und wird zwischendurch wieder unsichtbar (Martin Jander 2004). Wie auch schon im historischen „Historikerstreit“ (Ernst Reinhard Pieper 1987) geht es in dieser Kontroverse im Kern um das Selbstbild der Bundesrepublik Deutschland. Große Teile der DDR-Forschung und ihre öffentliche Verhandlung sind durch diesen zweiten Historikerstreit gelähmt. Besser sagt man vielleicht, dass sie ihrer kritischen Wächterfunktion gegenüber Politik und gesellschaftlichem Konsens nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht nachkommen.

„Waagschalenmentalität“

Mit seiner Presseerklärung vom Januar 2004 verdeutlichte Salomon Korn für den Zentralrat der Juden den Rückzug aus den Gremien der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“, denn, so argumentierte er, die Konstruktion der sächsischen Gedenkpoltik berge die Gefahr, durch die „Zwangvereinigung“ unterschiedlicher Interessenvertreter von Opferverbänden im Stiftungsbeirat „fundamentale Unterschiede zwischen den Verbrechen der Nationalsozialisten mit europäischer Dimension und denen der Willkürherrschaft des Kommunismus in

Ostdeutschland mit nationaler Dimension einzuebnen.“

Korn, der viele ausgezeichnete Bücher über Gedenkpoltik in der Bundesrepublik und Europa verfasst hat (Salomon Korn, Micha Brumlik 2008), fand in dieser Presseerklärung auch eine schöne Kennzeichnung für die sächsische Gedenkpoltik, die er und der Zentralrat als exemplarisch für die Bundesrepublik erachteten. Korn bezeichnete die hinter dieser Gedenkpoltik stehende Haltung als „Waagschalenmentalität“. In der Presseerklärung hieß es wörtlich: „Durch die Konzeption der sächsischen Landesregierung, die auch bundespolitische Signalwirkung in der Gedenkstättenförderung hinsichtlich einer Re-Nationalisierung des Gedenkens entfaltet, wird geschichtspolitisch die Zeit nach 1945 unter dem Stichwort 'doppelte Vergangenheit' einer 'Waagschalen-Mentalität' ausgesetzt - mit den nationalsozialistischen Verbrechen in der einen und den kommunistischen Verbrechen in der anderen Waagschale.“

Damit ist kurz und pointiert auf einen Begriff gebracht, um was es bis heute immer noch geht. Drehte sich der erste „Historikerstreit“ im Kern um die Frage, ob die demokratische Bundesrepublik mit einem Geschichtsbild leben könnte, das die Politik Hitlers, der nationalsozialistischen Eliten und breiter Teile der deutschen Gesellschaft als teilweise berechtigte Reaktion auf einen von der Sowjetunion und der jüdischen Gemeinschaft gegen Deutschland geplanten Krieg betrachtete, so geht es seit dem Zusammenbruch der DDR darum,

ob die vereinigte demokratische Bundesrepublik mit Geschichtsbildern leben kann, die jenes große Verschwörungsdenken von Ernst Nolte und seinen Anhängern, nun kleinteilig auf jedes Detail der DDR-Geschichte überträgt.

Ob „Speziallager“, FDJ, SED oder DDR-Alltag, auf allen verschiedenen Teilgebieten der DDR-Forschung hat sich die von Korn zu Recht attackierte „Waagschalenmentalität“ Bahn gebrochen. Wie weit sich das banalisierende Schema einer Gleichsetzung von DDR und Nationalsozialismus auch in der Wissenschaft, nicht nur in öffentlichen Debatten, festgesetzt hat, führte unlängst eine Initiative vor, die ein Referat („Der deutsch-deutsche Schäferhund“) bei einer Konferenz einreichte, vortrug und in einem wissenschaftlichen Jahrbuch publizierte, in dem u. a. behauptet wurde, Wachhunde der NVA-Grenztruppen stammten eigentlich von den KZ-Hunden der Nazis ab, könnten jedoch nichts dafür, da auch diese Hunde unter der Mauer gelitten hätten (Christiane Schulte & Freund_innen 2016).

„Zweite Schuld“

Dabei geht es bei der banalisierenden Gleichsetzung von Stalinismus und Nationalsozialismus nicht so sehr um die argumentativ leicht widerlegbaren Identifikationen. Es geht vor allem um gedenkpolitische Vorteile. Schon direkt nach der Shoah entstand in beiden deutschen Staaten der psychologische Abwehrmechanismus, auf den es diese Form der Gleichsetzung politisch abgesehen hat. Der unlängst verstorbene Journalist

Ralph Giordano hat ihn in einem berühmt gewordenen Buch die „Zweite Schuld“ (Ralph Giordano 1987) genannt.

Unter dieser „zweiten Schuld“ versteht Giordano, und das lässt sich bis heute mit leichten Abänderungen als gedenkpolitischer Vorteil der banalisierenden Gleichsetzung von Stalinismus und Nationalsozialismus kennzeichnen, dass mit dem Verweis auf die Verbrechen anderer Menschen, Gruppen und Staaten, die Verbrechen, die ein Mensch, eine Gruppe oder ein Staat selbst zu verantworten hat, angeblich weniger ins Gewicht fallen. „Ihr“, so wird gesagt, „seid nicht besser als wir!“ Auch hier beschreibt das Bild der von Salomon Korn ins Spiel gebrachten „Waagschale“ gut den Effekt der expliziten oder impliziten Gleichsetzung zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus.

Es gab die deutsche Schuldabwehr natürlich auch in der DDR. Dort war sie Teil der antifaschistischen Staatspropaganda. Die Gleichsetzung wurde hier aber anders gestrickt. Nicht Stalinismus und Nationalsozialismus wurden gleichgesetzt, sondern Kapitalismus, Demokratie und Faschismus (Jeffrey Herf 1997). „Nicht wir DDR-Bürger“, so lautete die Botschaft, „sind die Faschisten, sondern der Westen, die Demokratie und Israel.“ Die Existenz eines gewaltförmigen Neonazismus wurde geleugnet (Harry Wai-bel 2014).

Besonders deutlich war dieser Wunsch nach Schuldabwehr, einer Normalisierung und der Bemäntelung der Beteiligung an den

Verbrechen unlängst in der Bundesrepublik Deutschland zu besichtigen (Martin Jander 2014). Ohne große Widerstände und unter großer Beteiligung aller relevanten politischen Kräfte, wurde der 9. November 2014, der Gedenktag an die Reichspogromnacht 1938, in eine Art heimlichen Nationalfeiertag verwandelt, bei dem vor allem der Freude über das Ende des Kalten Krieges in Europa und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Ausdruck verliehen wurde.

Die Erinnerung an die brennenden Synagogen, die Plünderungen, die Deportationen in Konzentrationslager, blieb eine Angelegenheit der jüdischen Gemeinden und einiger von der Amadeu-Antonio-Stiftung mobilisierter Unterstützer_innen (Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) 2010). „Deutschland“ gedachte der Leiden der Teilung und gab seiner Freude über das Ende der Mauer Ausdruck. Die Generation der Nazi-Täterenkel wendet sich den Leiden ihrer Großeltern zu und will von Fragen von Schuld, Haftung und Solidarität mit den Überlebenden nichts mehr hören (Harald Welzer 2002).

Der Mechanismus der Schuldabwehr, der bis zur Schuldumkehr reicht, ist dabei keineswegs ein Phänomen, was sich gegenwärtig lediglich in der Bundesrepublik Deutschland beobachten ließe. Die banalisierende Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus ist ein Phänomen in ganz Europa. (Günter Morsch 2010).

Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR

Als Jürgen Habermas und andere Intellektuelle in den 1980er Jahren Ernst Nolte und größere Teile der konservativen Historikergunft kritisierten, hatten sie weite Teile der liberalen Öffentlichkeit, aber auch große Teile der sozialdemokratischen Partei auf ihrer Seite. Der Streit spielte sich damals keineswegs lediglich in der wissenschaftlichen und kulturellen Arena ab, er hatte die Politik erreicht.

Der gegenwärtig schwelende Historikerstreit, der von Salomon Korn 2004 angestoßen wurde, hat die politische Arena auch erreicht, aber in ganz anderer Form. Die „Waagschalenmentalität“ und die Rede von der „doppelten Vergangenheit“ haben sich auf vielen verschiedenen Ebenen durchgesetzt, ohne dass sie skandalisiert würden.

Das Bild einer deutschen Gesellschaft, die sich vom Feind der Menschheit zu einem gefestigten demokratischen Gemeinwesen entwickelte, hat sich nicht nur in der vereinigten Bundesrepublik selbst, es hat sich auch international durchgesetzt. Dieses Bild bleibt dennoch ein Trugbild. Nicht erst die völkischen PEGIDA-Demonstrationen, die Wahlerfolge der AfD und die explodierende Welle der Gewalt gegen Flüchtlinge zeigen deutlich, dass Rassismus und Antisemitismus in Deutschland weit verbreitet sind.

Im Kern hat die große Mehrheit der Forscherinnen und Forscher die Geschichte der DDR als einer nachnationalsozialistischen Gesellschaft noch nicht entdeckt

(Werner Bergmann u. a. Hg., 1995.). Viele Fragen, die essentiell sind, wenn man das demokratische Potential der deutschen Gesellschaft, aber auch ihre problematischen Traditionen bis heute, erfassen will, werden nicht gestellt. Die Folgen des Nationalsozialismus in der DDR wurden bislang überhaupt nicht ausreichend befragt (Jan C. Behrends u. a. (Hrsg.) 2003).

Die Zeitgeschichtsforschung der Bundesrepublik hatte über lange Jahre eine kritische Wächterfunktion gegenüber Politik und gesellschaftlichem Konsens. Sie sollte in diese Rolle zurückkehren.

Literatur:

Martin Jander, Gedenkstätten-Konzept der Union: Waagschalen-Mentalität, in: [hagalil.com](http://www.hagalil.com) vom 20. Juni 2004. (<http://www.hagalil.com/archiv/2004/06/gedenkstaetten.htm>)

Ernst Reinhard Pieper (Hrsg.): Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich 1987.

Salomon Korn, Micha Brumlik (Hrsg.): Europa und der Judenmord, Berlin 2008.

Christiane Schulte & Freund_innen, Kommissar Rex an der Mauer erschossen, in: [Telepolis](http://www.heise.de/tp/artikel/47/47395/1.html) vom 15. Februar 2016. (<http://www.heise.de/tp/artikel/47/47395/1.html>)

Ralph Giordano: Die zweite Schuld, Hamburg 1987.

Jeffrey Herf: Divided Memory, London 1997.

Harry Waibel: Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR, Frankfurt 2014.

Günter Morsch: Geschichte als Waffe?, in: [Blätter für deutsche und internationale Politik](https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/mai/geschichte-als-waffe) 5/2010, S. 109ff. (<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/mai/geschichte-als-waffe>)

Martin Jander, „Ballonpaten“, in: [hagalil.com](http://www.hagalil.com) vom 1. November 2014. (<http://www.hagalil.com/2014/11/ballonpaten/>)

Harald Welzer, Sabine Moller, Karoline Tschuggnall: "Opa war kein Nazi". Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis. Frankfurt am Main 2002.

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Das hat 's bei uns nicht gegeben!“ – Antisemitismus in der DDR, Berlin 2010.

Werner Bergmann, Rainer Erb, Albert Lichtblau (Hrsg.): Schwieriges Erbe, Frankfurt 1995.

Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice Poutrus (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR, Berlin 2003.

Über den Autor

Dr. Martin Jander, Historiker und Journalist, Berlin, Lecturer an der Stanford University Berlin und im Programm von FU-BEST, sowie Forscher an der Hamburger Stiftung für Wissenschaft und Kultur. Letzte Veröffentlichung: Berlin (Ost), 1945 - 1990, Halle 2015.

Geschichtspolitik und historisch-politische Bildung – ein Spannungsfeld

Von Elena Demke

Der (geschichts-)politische Auftrag verschiedener Gedenkstätten und öffentlich geförderter Aufarbeitungsinitiativen an Orten von nationalsozialistischem und von SED-Unrecht stimmt in zentralen Aspekten überein: Regelmäßig wird eine Verbindung von Lehren aus der Geschichte, Demokratie- und Menschenrechtserziehung sowie der Einsicht, dass die Gewährleistung letzterer nicht selbstverständlich sei, hergestellt. Es ist demnach, „gerade für die junge Generation, die sozusagen das Glück hat, in Demokratie aufzuwachsen [...] wichtig darauf hinzuweisen, dass das nicht selbstverständlich ist und sehr leicht in Gefahr geraten kann...“ – so etwa Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer, am 8.8.2013 in einem Interview (siehe <http://www.bpb.de/>, Zugriff: 10.4.2016). Fast gleichlautend resümieren Bildungspolitiker mit Blick auf den Besuch von KZ-Gedenkstätten: „Wir stehen vor der wichtigen Aufgabe, die jungen Menschen [...] für ihr künftiges Leben in der Demokratie zu erziehen und sie auch für die Gefährdungen der Demokratie zu sensibilisieren. Angesichts unserer historischen Erfahrung [...] müssen wir der nachwachsenden Generation nachdrücklich vermitteln, dass unsere demokratische Gesellschaftsform nichts Selbstverständliches ist.“ (Henry Tesch, Bildungsminister in Mecklenburg-Vorpommern, (siehe „Demokratieerziehung

und Gedenkstättenbesuche in Mecklenburg-Vorpommern“).

Dieser Konnex verblüfft bei näherem Hinsehen in mehrerer Hinsicht. Den Wert dessen, was man hat bzw. was die Erwachsenen den Kindern präsentieren, mittels Verweis auf das bedrohliche Szenarium seiner Abwesenheit zu vermitteln, ist zwar eine übliche Erziehungsstrategie (etwa Kinder mit dem Verweis auf den Hunger anderswo zum Essen anzuhalten), hat als solche jedoch eher mit hilfloser Ungeduld angesichts der Befremdung durch kindliche und jugendliche Normbrüche zu tun und steht der schwarzen Pädagogik nahe – denn letztlich wird hier mit Drohung gearbeitet. Dabei würde wohl kaum jemand argumentieren, dass eine durch abschreckendes Beschwören der Alternativen herbeigeführte Identifikation mit einer bestehenden Ordnung besonders reflektiert und handlungsbefähigend sei. Woher also die Popularität dieser geschichtspolitischen Argumentationsfigur? Des Weiteren irritiert bei näherem Hinsehen die implizite Erwartung, dass die Kenntnis von Normen und ihrer Wertbindung (etwa der Menschenrechte) auch normgerechtes Verhalten hervorbringe. Dabei führen Beispiele aus dem Alltag durchaus drastisch vor Augen, dass dem nicht so ist, siehe jüngst etwa den Fall eines jugendlichen Mörder, der einzig im Fach Ethik ein guter Schüler gewesen war („Tod einer schwangeren Schülerin, Süddeutsche Zeitung, 17.2.2016, S. 8), und die sozialwissenschaftliche Empirie zeigt, dass ethische Anschauungen und ethisches Engagement einander nicht

bedingen müssen (klassisch etwa das Experiment von Darley & Bateson, „From Jerusalem to Jericho“: A study of situational and dispositional variables in helping behavior". *Journal of Personality and Social Psychology*, 27/1973, S. 100-108.) Als dritte Irritation sei der Umstand angeführt, dass lange vor einer Kompetenz-Orientierung des Geschichtsunterrichts und auch bereits vor dem Beutelsbacher Konsens darüber nachgedacht und geschrieben wurde, dass das historische Lernen nicht zur Werte-Pädagogik taugt, so warnte der Theoretiker der „offenen Gesellschaft“ Karl Popper, „alle organisierten Versuche, höhere Wert zu übertragen, [seien] nicht nur erfolglos, sondern [...] sie richten außerdem noch Schaden an“ (Karl Popper, *Hat die Weltgeschichte einen Sinn?* In: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Band 2, in: Popper, *Gesammelte Werke*, 8. Auflage, Tübingen 2003, S. 324). Diesen Widersprüchen zum Trotz wird die politische Aufgabe von Gedenkstätten und öffentlich finanzierten Aufarbeitungsinitiativen in der oben skizzierten Weise als Erziehungsauftrag so selbstverständlich umrissen, dass die Formulierungen sogar mit Blick auf unterschiedliche historische Zusammenhänge austauschbar erscheinen (s.o.).

Allerdings sieht die Praxis anders aus, als der formelhafte Verweis auf Demokratieerziehung durch historische Abschreckung. Die Forderungen einer kompetenzorientierten Didaktik historisch-politischer Bildung mit dem Fokus auf mündige Urteilsbildung als einem reflektierten

Prozess mit offenem Ausgang und dem gezielten und kritisch-analytischen Reflektieren von Geschichtskultur(en), haben nicht nur Eingang in die schulischen Rahmenlehrpläne gefunden, sondern prägen auch zahlreiche gedenkstättenpädagogische Angebote. Gedenken und geschichtspolitische Selbstreflexivität schließen sich nicht aus. Ausstellungen wie die Dauerausstellung der Gedenkstätte Ravensbrück, die seit 2013 ihre Genese und damit die Präsentation als etwas „Gemachtes“ für die Besucherinnen und Besucher aufbereiten und offenlegen, sind zwar nicht der Regelfall, im didaktischen Ansatz aber auch keine Ausnahmeerscheinung. Die auch in Seminarkonzepten an Erinnerungsorten praktizierte Multiperspektivität und der ihr inhärente Verweis auf den Konstruktcharakter historischer Erzählungen widersetzt sich einer Indienstnahme für antizipierbare historische Lehren im Sinne der formulierten Aufträge. So gesehen wird Demokratieerziehung zu einer Frage des Prozesses und der Ausgestaltung eher als des Lern-Inhalts von Bildungsangeboten. Die Annahme ist dabei, dass Werte wie Achtung der Menschenrechte und Meinungsfreiheit ihre Plausibilität nicht primär in einem Ansatz des „learning about democracy“, sondern vor allem durch ein „doing democracy“ auch in der Auseinandersetzung mit diktatorischer Geschichte unter Beweis stellen.

Insofern lässt sich eine gewisse Spannung zwischen den zentralen Topoi geschichtspolitischer Auftrags-Postulate – Werteerziehung und Förderung von Demokratie-Identifikation durch historisches Lernen über die Folgen der Abwesenheit von Demokratie – und den didaktischen Prinzipien konkreter pädagogischer Angebote ausmachen. Diese Spannung scheint in der Praxis relativ unproblematisch zu sein – integrieren doch die gleichen Ort je nach Handlungsfeld in der normativen Rede oder konkreten pädagogischen Praxis die verschiedenen Ansätze offenbar problemlos. Was würde jedoch passieren, wenn diese Spannung zugespitzt und ausgereizt würde? Lassen sich die unter den Expertinnen und Experten historischer Forschung und Bildung so selbstverständliche Rede vom Konstruktcharakter der Geschichte und die aus dieser Sicht folgenden didaktischen Ansätze in eine plausible und popularisierbare Legitimation der entsprechenden Geschichtsvermittlung übersetzen, die das umrissene Bild von einem im Kern als „Abschreckungslernen“ konzipierten Auftrag auch auf der normativen Ebene herausfordern können? Zu populären Erwartungen an historisches Lernen passen die gängigen Topoi dieser Auftrags-Formulierungen nach wie vor besser. Offenbar wird erwartet, dass außerhalb der Klassenzimmer und der spezialisierten gedenkstättenpädagogischen Formate die Vermittlung von Geschichte zumeist auch Vermittlung einer Botschaft sei. Eine gelungene Aufbereitung von Geschichte, so die Erwartung, liefert mit den historischen Zeugnissen auch

die Deutung und quasi „die Moral aus der Geschichte“, beispielhaft sei auf die mit hoher fachlicher Expertise und multimedialer Quellenvielfalt aufbereiteten Internetpräsentationen und Apps zu zeithistorischen Themen verwiesen.

Vielleicht liegt dieser Widerspruch auch darin begründet, dass die kritisch-analyisierende Beschäftigung mit dem Konstruktcharakter historischer Narrative zwar mit essentialistischen Identitätspostulaten wenig zu tun haben will, jedoch seinerseits eine identitäts-stiftende und soziale Einschluss/Ausschluss-Prozesse regelnde Praxis für die Beteiligten Expertinnen und Experten darstellt.

Über die Autorin

Elena Demke, Historikerin, Referentin beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Mythos DDR – Ostalgie und Wirklichkeit

Im Unterricht

Von Gerit-Jan Stecker

Seit der friedlichen Revolution ist die soziale und wirtschaftlichen Situation für viele im Osten Deutschlands von Unsicherheit geprägt. Abstiegsängste und Unzufriedenheit haben zur Idealisierung des SED-Regimes beigetragen. Dieser „Ostalgie“ will „DDR – Mythos und Wirklichkeit“, ein Portal der Konrad-Adenauer-Stiftung, Aufklärung entgegenzusetzen. Der „real existierende Sozialismus“ hat viele Menschen massiv in ihren Lebenschancen eingeschränkt und ganze Biographien zerstört.

Das Webangebot beinhaltet didaktisch aufbereitete Informationen beispielsweise zu Medien, Rechtsprechung, Kultur und Schule. Hauptzielgruppe sind junge Menschen, die die DDR selbst nicht mehr bewusst miterlebt haben. Mittlerweile gibt es das Portal auch auf Englisch. Auf der Startseite zählt ein Plug-in Aussagen über die DDR auf, von „In der DDR gab es keine Altersarmut“ bis „Das Gebiet der ehemaligen DDR war schon vor 1945 wirtschaftlich benachteiligt“; ein Klick öffnet Texte, die diese widerlegen sollen. Zusatzinformationen, wo solche mystifizierenden Behauptungen zu finden sind, werden nicht angegeben.

Weiter gibt es ein Quiz, Videos und Audio-Beiträge. Ausführliche Themenseiten behandeln den Mauerbau, Widerstand, Opposition und Flucht, Religion, Kirche und Alltag. Eine gleichnamige Roll-Up-Ausstellung kann ausgeliehen werden.

Die Unterrichtsmaterialien bieten didaktische Anleitungen zum politischen System der DDR, zum deutschen Einigungsprozess und zur Planwirtschaft. Weiter stehen Folien und Handouts zur Verfügung, die das politische System der Bundesrepublik demjenigen der DDR und deren jeweilige Einbindung in „westliche“ und sowjetische Einflussphären gegenüberstellen.

Die didaktisch-methodischen Vorschläge für den Unterricht sollen Zugänge zu den oben genannten Themen schaffen und grundsätzliche Fragen klären. Sie eignen sich für die Sekundarstufe II und die 10. Klasse der Sek. I, erstellt hat sie Ulrich Bongertmann vom Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V.. Sie können als PDF heruntergeladen werden. Die Unterrichtsvorschläge geben nach einem Problemaufriss den jeweiligen Zeitbedarf an (45 oder 90 Minuten), der sich durch Weglassen oder Ergänzen variieren lässt, sowie die Lern- und Kompetenzziele. Eine Tabelle zu „Phase/Inhalt“, „Lehrerhandeln“, „Schülerhandeln“ stellt den geplanten Unterrichtsverlauf dar.

Ein „normaler Staat“

Die erste Einheit behandelt die grundsätzliche Frage, ob die DDR „ein normaler Staat oder eine Diktatur“ gewesen sei bzw. ob „die SED diktatorische Macht“ hatte. Aus diesem Grund soll sie im Folgenden näher beschrieben werden. Als Ausgangspunkt dient die Behauptung, dass die DDR zwar nicht als parlamentarische Demokratie funktioniert habe, aber auch nicht als Diktatur wie etwa

Lernen aus der ■ Geschichte

Vorstellung Unterrichtsmaterial

der Nationalsozialismus oder ein Militäregime. Die Schülerinnen und Schüler deuten anschließend ein Zitat aus dem Artikel 1 der DDR-Verfassung von 1968 (als Folie zum Download: Die DDR „ist ein sozialistischer Staat ... unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“), erarbeiten den zentralistischen Staatsaufbau ohne Gewaltenteilung und beschäftigen sich mit der Rolle von Institutionen wie Volkskammer, SED, Politbüro und Zentralkomitee und erarbeiten schließlich ein Schema, in dem sie zur Ausgangsfrage Stellung beziehen.

Ergänzend kann sich die Klasse belesen, inwiefern die Selbstbezeichnung der DDR als „Arbeiterstaat“ hinfällig sei und warum „der Sozialismus“ gegen die Natur des Menschen handle. Weitere Unterrichtseinheiten behandeln z. B. Rechtsprechung, Wirtschaft, Medien, Bildung und Erziehung.

Messen am eigenen Anspruch

Es ist sinnvoll, stereotype Vorstellungen über ein Regime wie das in der DDR – sowie deren Wurzeln in sozialer Unsicherheit – als Ansatzpunkt für historisch-politisches Lernen zu nutzen. Und es bietet sich an, am konkreten zeitgeschichtlichen Beispiel Diskussionen zum Verhältnis eines Staates zu seinen normativen Legitimationsgrundlagen wie Mitbestimmung, Freiheit und Gerechtigkeit anzuregen. Dabei decken die Unterrichtsmaterialien „DDR: Mythos und Wirklichkeit“ der Konrad-Adenauer-Stiftung umfangreiche Themen ab und stützen sich auf aktuelle Literatur. Besonders

interessant: An einigen Punkten wird die DDR an den eigenen Ansprüchen gemessen, wodurch Widersprüche erkennbar werden können. Z. B. beanspruchte das Regime offiziell, „Arbeiter und Bauern“ zu repräsentieren, schlug aber den Aufstand vom 17. Juni 1953 nieder; und 1989 fühlten sich laut einer im Zusatztext zitierten Umfrage die wenigsten Arbeiter_innen auf Betriebsebene vertreten.

An anderen Stellen bleibt dieser Ansatz, Widersprüche aufzudecken, jedoch auf der Strecke. Der Kurztext vom „Arbeiterstaat“ nennt keine Quellen und Literatur. Dabei wäre es gerade aus Sicht der Demokratiebildung sinnvoll gewesen, Informationen zur demokratischen Selbstorganisation in den Betrieben, dem „betrieblichen Aufbruch“ Ende der 1980er-Jahre, zu geben (vgl. Hürtgen, Gehrke 2001). Es müssten dann, wie in der Folie zum Vergleich von DDR und repräsentativer Demokratie, die Chancen zur Interessenvertretung durch Betriebsräte in der Bundesrepublik vergleichend gegenübergestellt werden. Allerdings würden diese angesichts von Leih- und Zeitarbeit, Werkverträgen und geringem Kündigungsschutz nicht deutlich zugunsten der Bundesrepublik ausfallen.

Weiter wäre es informativ, die DDR am eigenen sozialistischen Anspruch zu messen. D. h. es wäre zu klären, inwiefern eine Ökonomie, die weiterhin auf Lohnarbeit beruht und an der internationalen, monetär vermittelten Konkurrenz partizipiert, zutreffend als sozialistisch begriffen werden kann. Im Ergänzungstext „Sozialismus“ des

Lernen aus der ■ Geschichte ■

ersten Moduls wird diese Frage jedoch nicht behandelt, zudem werden keine Quellen genannt. Vielmehr tritt zur ungeklärten, impliziten Setzung, ein „normaler Staat“ entspreche der Bundesrepublik, die Behauptung hinzu, die Menschen seien natürlicherweise Egoisten und ungleich, nur werde das in einem „normalen“, sprich marktwirtschaftlichen Staat fürs Gemeinwohl genutzt. Woher aber die wirtschaftliche Unsicherheit kommt, die ja den Grund für „Ostalgie“ und damit für dieses Unterrichtsmaterial bilde, diese Frage bleibt ebenfalls offen.

Ergänzungsbedarf

Es empfiehlt sich daher, die Unterrichtsvorschläge zu ergänzen und auf einen aktuellen Stand der historisch-politischen und demokratischen Bildung zu bringen. So darf etwa der Grundbegriff der Gleichheit nicht mit individueller Differenz verwechselt werden, sondern ist mit Blick auf heute geführte Diskussionen um soziale Gleichheit und Verteilungs- bzw. Chancengleichheit zu besprechen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung). Gelingt diese Ergänzung und eine differenzierte Diskussion, kann das Lernmaterial zum Mythos DDR zur historischen und demokratischen Bildung beitragen.

Web: <http://www.kas.de/wf/de/71.6466/>

Vorstellung Unterrichtsmaterial

Literatur:

Renate Hürtgen, Bernd Gehrke (Hrsg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannteste Seite der DDR-Revolution. Diskussion-Analysen-Dokumente; (2001) Berlin Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung

„Kalte Krieger“ gegen den Kommunismus – die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU)

Von Anne Lepper

In der öffentlichen Wahrnehmung wollten sie sich selbst stets als humanitäre Hilfsorganisation verstanden sehen. Dass die Hilfstätigkeiten der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, kurz KgU, jedoch tatsächlich nur etwa ein Drittel der Aktivitäten der Organisation ausmachten, hat Enrico Heitzer im Rahmen seiner 2015 im Böhlau Verlag erschienenen Dissertation gezeigt. Die Publikation, die mittels einer fundierten und überaus breiten Quellengrundlage Genese, Aufbau und Wirken der Gruppe differenziert und mit großer wissenschaftlicher Genauigkeit analysiert, weckte daher nicht ganz unerwarteterweise einige schlafenden Geister. So kam es anlässlich einer Vorstellung des Buches im Februar 2015 zu hitzigen Auseinandersetzungen zwischen Heitzer und seinen Widersachern, die sich in erster Linie aus dem Umfeld der ehemaligen Mitglieder der Gruppe rekrutierten. Diese sahen sich und ihre Arbeit insbesondere durch die von Heitzer im Buch beschriebenen Verbindungen der KgU zu ehemaligen NS-Funktionären sowie durch das Herausstellen des zum Teil militanten und gewalttätigen Charakters ihrer Tätigkeiten in ein schlechtes Licht gerückt.

Agieren vor und hinter den Gardinen des Systems

Die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, die sich unter den Eindrücken der ersten Berlin-Krise und der ersten Entlassungswelle aus den sowjetischen Speziallagern 1948 gründete, diente in der Vergangenheit immer wieder als Ausgangs- und Kristallisationspunkt verschiedener zeitgenössischer Pressekampagnen und geschichtspolitischer Debatten. Eine wissenschaftliche Darstellung der Gruppierung, ihrer Organisationsstruktur, ihrer Mitglieder, Handlungsfelder und Reaktionen blieb indes bislang aus. Die Arbeit Heitzers leistet demgemäß nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Erforschung antikommunistischer Aktionskreise und Denkschemata im geteilten Nachkriegsdeutschland, sondern auch zur Rekonstruktion des ideologischen und gesellschaftlichen Innenlebens sowohl der SBZ/DDR als auch der jungen Bundesrepublik.

Dabei macht Heitzer auf die dichotome Organisation beider politischer Systeme aufmerksam. Während im Kontext der offensiv betriebenen Lagerkonfrontation alle zur Verfügung stehenden propagandistischen Mittel genutzt wurden, um in konkurrierenden bildhaften „Schaufenstern“ die politischen, sozialen und ökonomischen Vorzüge des jeweils eigenen Systems sowohl vor der eigenen als auch vor der „anderen“ Gesellschaft hervorzuheben, dienten verborgene „Hinterzimmer“ der nachrichtendienstlichen Erfassung des Gegners

sowie der ideologischen Unterwanderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen der jeweils anderen Seite.

Die KgU, so vermag Heitzer darzustellen, bewegte sich stets auf einer Ebene zwischen „Schaufenster“ und „Hinterzimmer“. Während sich die Organisation auf der einen Seite darum bemühte, Suchkarteien mit in SBZ und DDR verhafteten und verschleppten Personen anzulegen, Angehörige zu informieren, sowohl letzteren als auch den Verschollenen selbst Hilfe zukommen zu lassen und auf politischer Ebene für deren Freilassung zu kämpfen, nahmen auf der anderen Seite schon bald die militanten und nachrichtendienstlichen „Hinterzimmer“-Tätigkeiten der Gruppe einen Großteil ihrer personellen und finanziellen Ressourcen in Anspruch. Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung arbeiteten zwölf von insgesamt neunzehn hauptamtlichen Mitarbeiter_innen der KgU, also weit mehr als die Hälfte, im informationsdienstlichen Bereich. Wichtigster Kooperationspartner war dabei die CIA, die spätestens ab 1952 auch maßgeblich für die Finanzierung der verschiedenen Aktivitäten sorgte. Unter dem Einfluss der CIA und der von ihr betriebenen Stay-Behind-Pläne (S. 387 ff) für den Fall einer erneuten militärischen Intervention in Deutschland gewann das Einholen sicherheitsrelevanter und militärischer Informationen zunehmend auch für die Arbeit der KgU an Bedeutung. Unterstützung kam dabei wie bereits erwähnt nicht selten von Personen, deren informationsdienstliche Kompetenzen auf ihre Tätigkeiten während des Nationalsozialismus

zurückzuführen waren – ein Umstand, der die beiden Leiter der KgU, Rainer Hildebrandt und Ernst Tillich, die im Dritten Reich aufgrund ihrer oppositionellen Haltung selbst Opfer nationalsozialistischer Repressionsmaßnahmen geworden waren, offenbar nicht zu stören schien. Der Kampf gegen den Kommunismus und die „bolschewistischen Feinde“ in Ost und West diente dabei scheinbar als konstantes und funktionierendes „Bindemittel“ (S. 134) zwischen Nationalsozialisten und ehemaligen Gegnern des Regimes, zwischen Faschisten und Demokraten, Konservativen und Liberalen.

Die KgU – operationelles Organ antikommunistischer Kräfte in Ost und West

In seiner 550-Seiten starken Arbeit nähert sich Heitzer im Rahmen von vier eigenständigen, thematisch-inhaltlichen Schwerpunkten dem Kern der KgU. Dabei geht es ihm darum, den Tatsachengehalt auch und gerade mit Blick auf die verborgenen, gewalttätigen Aktivitäten der Gruppe zu rekonstruieren und diese in Bezug auf Handlungslogik, ideologische Geisteswelten und systemtheoretische Anknüpfungspunkte zu untersuchen. Dadurch entsteht ein differenziertes Bild in Bezug auf Struktur, Aufbau, Finanzierung, Handlungsfelder, Aktivitäten, Personal, Wahrnehmung und Bekämpfung der Organisation.

Während sich der erste Schwerpunkt dabei der handlungsorientierten Organisationsgeschichte sowie der ideologisch-ethischen Basis der Gruppe widmet, stellt der zweite

Teil die einzelnen Mitglieder der KGU in das Zentrum, wobei diese hier den verschiedenen Kohorten (Gründerkohorte, Ausbaukohorte, Integrationskohorte) zugeordnet und entsprechend in Abgrenzung zueinander analysiert werden. Im dritten Teil, dem weitaus umfangreichsten, werden anschließend die verschiedenen Aktionen der KGU – und dabei zuerst jene in Westberlin und der Bundesrepublik, danach diejenigen, die in der SBZ/DDR durchgeführt wurden – rekonstruiert und dargestellt. Dabei wird das stetige Lavieren der Gruppe zwischen „Schaufenster“ und Hinterzimmer“, zwischen dem offenen und öffentlichkeitswirksamen Agieren auf der einen und dem verborgenen Operieren auf der anderen Seite deutlich. Im vierten Teil richtet der Autor schließlich das Blickfeld auf die öffentliche Wahrnehmung, Rezeption und Verfolgung der Gruppe und ihrer Mitglieder. Dass die Funktion der KGU dabei den immanenten „Feindbildbedarf“ der sowjetischen Führung in optima forma erfüllte, zeigen die zahlreichen drastischen Repressionsmaßnahmen, die gegen die Mitglieder der Gruppe und ihre V-Leute eingeleitet wurden. Die KGU, die in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre zu einem ideologischen Hauptgegner der DDR-Führung avancierte, konnte von dieser wie kaum eine andere Organisation zu propagandistischen und Legitimations-Zwecken genutzt werden – oder, um es mit den Worten des Autors auszudrücken: „[D]ie KGU als ‚Feindzentrale‘ [hätte] wohl erfunden werden müssen, wenn es sie nicht gegeben hätte.“ (S.16) Die von beiden Seiten betriebene

Instrumentalisierung der KGU und ihrer Aktivitäten hatte zumindest für die KGU seinen Preis: Zahlreiche Festnahmen, Verschleppungen und Todesurteile trafen viele der Mitglieder und V-Leute, in mehreren Schauprozessen war es den jeweiligen sowjetischen Militärtribunalen und DDR-Gerichten in erster Linie daran gelegen, die Gruppe als Terrororganisation erscheinen zu lassen. Von inneren Krisen und massiver Repression gezeichnet löste sich die KGU Anfang 1959 offiziell auf – das militante und gewaltbereite Auftreten der Gruppe wurde von der umfassenden Verfolgung durch die sowjetischen Organe absorbiert und von einer neuen Ostpolitik im Westen abgelöst.

Zusammenfassung

Enrico Heitzer hat mit seiner Monografie ein Standardwerk geschaffen, das am Beispiel der KGU eine differenzierte und umfassende Darstellung der politisch-ideologischen Konfrontationen im Kontext des Kalten Krieges vornimmt. Die breite Quellengrundlage, die der Autor aus den überlieferten Unterlagen des MfS, der CIA und der KGU selbst schöpft, ermöglicht dabei eine fundierte und systematische Entfaltung des ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen und vor allem politischen Kontextes sowie eine scharfe und detaillierte Analyse der ethisch-moralischen, sozialpsychologischen und ideologischen Hintergründe.

Neben dem Band über die KGU gibt es eine weitere Publikation des Autors, in der in kompakter Form Akteure, Gruppen, Aktionen und Formen von Opposition und

Widerstand in SBZ und DDR dargestellt werden. Das von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen herausgegebene Heft bietet einen guten Überblick über die Thematik und eignet sich aufgrund des moderaten Umfangs gut für die Implementierung in den Unterricht.

Literatur:

Heitzer, Enrico: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948-1959. Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2015. 550 Seiten.

Heitzer, Enrico: Opposition und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR. Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt 2015.

Ein Kampf um Deutungshoheit – Die Kontroversen um das ehemalige Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in der Leistikowstraße in Potsdam

Von Anne Lepper

Es ist ruhig geworden um die Gedenkstätte in der Leistikowstraße in Potsdam. Das mag verwundern, bildete der Streit um den Ort doch vor einigen Jahren noch einen Kristallisationspunkt der Debatten, die seit dem Historikerstreit 1986 die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik bestimmten. Das ehemalige Untersuchungsgefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in der Leistikowstraße 1, das sich bis 1994 innerhalb eines militärischen Sperrgebiets befand – der Deutschlandzentrale der Militärspionageabwehr – war lange Zeit ein umkämpfter Ort. Bereits unmittelbar nach der Aufhebung des Sperrgebiets forderten Bürger_innen und verschiedene Organisationen die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände, 1997 setzte man sich vor Ort erstmals im Rahmen einer Ausstellung mit der Geschichte des Gebäudes auseinander. In den darauffolgenden Jahren entspann sich jedoch um die Entwicklung und die inhaltliche Ausrichtung einer künftigen Gedenk- und Begegnungsstätte in der Leistikowstraße ein Konflikt, in dem vor allem die beteiligten Opfervereine und eine Zeitzeug_innen-Initiative gegen die Gedenkstättenleiterin Ines Reich als

Repräsentantin des Wissenschaftsbetriebs mobilisierten und ihr vermeintliches Recht auf Deutungshoheit einforderten.

Die Gedenkstätte, die 2009 nach der Sanierung des Gebäudes unter Reichs Leitung neu eröffnet wurde, wurde von den Zeitzeug_innen und bisherigen ehrenamtlichen Mitarbeiter_innen aufgrund der Neuausrichtung von Beginn an harsch kritisiert. Der Streit, der in der Folgezeit zunehmend personalisiert und höchst eskalierend betrieben wurde, spitzte sich im Jahr 2012 weiter zu, als sich im Kontext der Eröffnung der neuen Dauerausstellung die bundesweite „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.“ einklinkte. Sein Höhepunkt wurde schließlich erreicht, als am 23. März 2012, wenige Tage vor der Eröffnung, die Gedenkstättenleiterin durch ein Mitglied des Gedenkstättenvereins tätlich angegriffen wurde, und diese daraufhin Anzeige erstattete. Nicht nur an diesem Punkt stellte sich im Zuge der Auseinandersetzungen immer wieder die Frage, ob anstatt der vermeintlichen Interessen der Opfer nicht eher politische Erwägungen im Vordergrund standen.

Was „aufarbeiten“? Und wie?

Dabei ist die Leistikowstraße in Potsdam nicht der einzige Ort, an dem über eine „richtige“ Aufarbeitung und Vermittlung der deutschen Vergangenheit gestritten wird. Insbesondere an Gedenkstätten, deren teilweise doppelte oder dreifache Vergangenheit eine komplexe Gemengelage verschiedener Unterdrückungs- und Verfolgungserfahrungen vorzuweisen haben,

gab und gibt es immer wieder Kontroversen darüber, wie die jeweilige Geschichte erzählt werden sollte. Kontroversen, die sich an Fragen nach der individuellen Deutung von Leiderfahrungen und Verbrechen sowie der grundsätzlichen Einordnung und historiografischen Gewichtung von Nationalsozialismus und real existierendem Sozialismus orientierten, sind Teil der Entstehungsgeschichte nahezu aller SBZ/DDR-Gedenkstätten. Dass diese Auseinandersetzungen gerade in der Politik immer wieder persönliche Positionierungen, Abgrenzungsbedürfnisse und Solidarisierungsforderungen zeitigen, zeigten zuletzt unter anderem die Aussagen Hubertus Knabes, Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, der gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) im Herbst 2015 beklagte, dass Abgeordnete der Partei „Die Linke“ sein Museum eher selten besuchen würden.

Die Gedenkstätte Leistikowstraße

In der Gedenkstätte wird auf drei Etagen die Geschichte des Ortes anhand moderner didaktischer Mittel präsentiert. An Medienstationen und durch dreidimensionale Ausstellungsstücke können sich die Besucher_innen ein Bild von der Situation während der Zeit des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses machen. Anhand von Texten, Bildern und Dokumenten werden die Schicksale ehemaliger Inhaftierter nachgezeichnet. Ein weiterer Teil der Ausstellung richtet den Blick auf die historischen Zusammenhänge, es werden die sowjetischen Geheimdienste und ihre Aufgaben innerhalb des sowjetischen Machtapparates

thematisiert und kritisch beleuchtet. Im Fokus stehen dabei sowohl die Geheimdienstmitarbeiter selbst als auch ihre konkreten Arbeitsabläufe. Zusätzlich dazu wird in einem Teil der Ausstellung der Alltag der Inhaftierten anhand von Ausstellungsvitrinen dargestellt und durch Zeitzeugeninterviews ergänzt. Im Keller des Hauses können die Besucher_innen schließlich in ehemaligen Zellen eingeritzte Inschriften ehemaliger Häftlinge begutachten.

Ein neuer Historikerstreit?

Im Jahr 2013, also unmittelbar nachdem die höchste Eskalationsstufe in den Auseinandersetzungen um den Gedenkort Leistikowstraße erreicht war, erschien im Metropol Verlag ein von Wolfgang Benz herausgegebener Band, der den Konflikt auf wissenschaftlicher Ebene aus unterschiedlichen Perspektiven darstellen und analysieren sollte. Die Beiträge, die demgemäß sowohl von Historiker_innen und Gedenkstättenmitarbeiter_innen als auch von Zeitzeug_innen verfasst wurden, bieten dadurch ein überaus vielschichtiges und differenziertes Schlaglicht auf den Ort und die Thematik. Andrew H. Beattie nimmt in einem einführenden Artikel die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte zum Anlass, um die verschiedenen Standpunkte, die sich in der deutschen Geschichts- und Erinnerungspolitik während und im Anschluss an den Historikerstreit herausgebildet haben, zu beleuchten und dabei überdauernde Totalitarismustheorien und Gleichsetzungstendenzen im deutschen Umgang mit seiner Geschichte aufzudecken. Angesichts dieser,

von ihm beobachteten und beschriebenen Entwicklungen skizziert er noch einmal die unterschiedliche Wahrnehmung verschiedener Historiker_innen bezüglich einer differenzierten Betrachtungsweise und der erinnerungspolitischen Einordnung der deutschen Vergangenheit in der Gesellschaft. Es sei jedoch trotz dieser divergierenden Auffassungen zu keinem „neuen Historikerstreit“ gekommen, so Beattie. Grund dafür sei unter anderem das fehlende Interesse an einer wissenschaftlichen Analyse und Darstellung des Historikerstreits und den daraus resultierenden geschichtswissenschaftlichen Kontinuitätslinien und Brüchen bis in die Gegenwart. In seinem Aufsatz zeichnet er den Weg vom Historikerstreit 1986 über die Jahre nach der Wiedervereinigung bis zum Streit um die Gedenkstätte Leistikowstraße nach. Der Fokus liegt hierbei in erster Linie auf der Frage nach der Vergleichbarkeit von real existierendem Sozialismus und Nationalsozialismus sowie der Verhinderung einer Gleichsetzung beider Systeme auf politischer, gesellschaftlicher oder wissenschaftlicher Ebene.

Vergleich, Gleichsetzung, Trivialisierung

Juliane Wetzel erläutert in ihrem Beitrag die Problematik des 23. August als europäischen Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus. Der umstrittene Gedenktag, dessen Durchführung Nivellierungstendenzen innerhalb der jeweiligen Gesellschaften sichtbar macht, wird mittlerweile in verschiedenen europäischen Ländern, darunter Schweden,

Estland, Lettland, Litauen, Kanada, Bulgarien, Kroatien, Polen, Ungarn und Slowenien begangen. Wetzelschlag verweist in ihrem Text auf die Gefahr der Trivialisierung des Holocaust durch die Gleichsetzung mit dem Stalinismus. Als Beispiele einer Geschichtsauffassung, die statt auf Differenzierung zwischen den jeweiligen Vorgängen und Systemen auf eine Instrumentalisierung und Mystifizierung des kulturellen Gedächtnisses einer Gesellschaft abzielt, werden in dem Band zwei Orte vorgestellt: Brigitte Mihok gibt einen Einblick in die Gedenkstätte „Haus des Terrors“ in Budapest, in der massiv die Gleichsetzung des faschistischen Regimes auf der einen und des kommunistischen Regimes auf der anderen Seite betrieben wird, und Ewa Czerwiakowski befasst sich mit dem Museum des Warschauer Aufstands von 1944, in dem die historischen Fakten über den Kampf der Warschauer Zivilbevölkerung gegen die Nationalsozialisten teilweise durch einen unsachlichen Heldenkult überlagert wird.

Unterschiedliche Perspektiven auf die Geschichte

Die Konflikte um das Recht auf Deutungshoheit, die sich aufgrund konkurrierender Interessen beteiligter Wissenschaftler_innen, Gedenkstättenmitarbeiter_innen und Zeitzeug_innen an vielen Gedenkstätten und historischen Orten entspinnen, werden in einem Beitrag von Carola S. Rudnick in Bezug auf die sächsischen Gedenkstätten und in einem Streitgespräch zwischen Winfried Meyer und Roland Brauckmann mit dem Fokus auf die Gedenkstätte

Leistikowstraße thematisiert. In zwei weiteren Beiträgen kommen ehemalige Häftlinge des sowjetischen Untersuchungsgefängnisses zu Wort. Friedrich Klausch und Waldeemar Hoeffding berichten über ihre Erfahrungen während der Haftzeit und setzen sich aus der Perspektive der Zeitzeug_innen mit der Entwicklung der Gedenkstätte auseinander. Anschließend daran, eröffnen drei weitere Beiträge eine wissenschaftliche Perspektive auf die sowjetische Besatzungsjustiz und ihren Folgen. Andreas Hilger gibt in „Der Gulag in Deutschland“ einen Überblick über sowjetische Haftstätten in Deutschland nach 1945. Martin Jander stellt die „Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft“ sowie deren Motive und Aktivitäten vor und Enrico Heitzer setzt sich mit der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ auseinander, über die in dieser Ausgabe noch einmal ausführlich in einer Rezension geschrieben wird (Link einfügen). Sowohl Jander als auch Heitzer bewegen sich in ihren Texten im Spannungsfeld zwischen der Durchsetzung berechtigter Opferinteressen auf der einen und den politischen Kampagnen militanter antikommunistischer Aktivist_innen auf der anderen Seite. In einem zweiten Beitrag befasst sich Carola S. Rudnick mit der Musealisierung der DDR und Barbara Distel setzt sich schließlich mit der Frage auseinander, ob mit dem fortschreitenden Verlust von KZ-Überlebenden als Zeitzeug_innen die mediale Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus mehr und mehr durch die emotionalen Bedürfnisse und Forderungen der

Konsumenten bestimmt wird, die historische Genauigkeit dabei jedoch zunehmend aus dem Blickfeld gerät.

Zusammenfassung

Der Band bietet einen vielseitigen Einblick in aktuelle und vergangene geschichtspolitische Debatten. Durch den Einbezug unterschiedlicher Perspektiven und eine interdisziplinäre Herangehensweise gelingt es außerdem, die verschiedenen historischen und thematischen Zugänge miteinander zu verknüpfen und so einen detaillierten Überblick über den Kampf um die Deutungshoheit in der Tradierung eines deutschen Geschichtsbewusstseins zu geben. Diese Ansicht teilen jedoch nicht alle. Nach der Veröffentlichung des Bandes und der bereits erwähnten Anzeige durch die Gedenkstättenleiterin Ines Reich im Zusammenhang mit der Eröffnung der Dauerausstellung kritisierten Opferverbände und Zeitzeug_innen-Vereine sowohl die Publikation als auch die inhaltliche Ausrichtung der Ausstellung scharf.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion, die im Kontext der Buchveröffentlichung im Mai 2013 in der Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam durchgeführt wurde, traten die Gegensätze zwischen Wissenschaftler_innen, Gedenkstättenmitarbeiter_innen und Zeitzeug_innen sehr deutlich zum Vorschein, wengleich zu Beginn der Veranstaltung alle Beteiligten beteuerten, es wäre ihnen grundsätzlich an einer konstruktiven Zusammenarbeit gelegen. Die Vertreter der Opferverbände sahen sich im Anschluss

darin dazu veranlasst eine Stellungnahme in Bezug auf das Buch zu verfassen, die am 23. Mai 2013 in der Märkischen Allgemeinen veröffentlicht wurde. Neben einer grundsätzlichen Kritik an der Darstellung ihrer Position in mehreren Beiträgen des Bandes sind darin auch die wiederholten Forderungen nach einer Überarbeitung der Dauerausstellung enthalten. Diese sollte, so die Zeitzeug_innen, um die Themen Gulag und Widerstand in der SBZ/DDR erweitert werden. Wengleich Leiterin Ines Reich ihre Position sowie die Arbeit der Gedenkstätten im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen und schriftlichen Darstellungen zu verteidigen wusste, stimmte sie einer Überarbeitung der Ausstellung an einigen Stellen letzten Endes doch zu. Dies führte dazu, dass sich die Gemüter allmählich beruhigten und Reich 2014 zum fünfjährigen Jubiläum der Gedenkstätte gar eine positive Bilanz ziehen konnte. Das anfangs schwierige Verhältnis zu den Zeitzeug_innen sei mittlerweile konstruktiv, so Reich. Wengleich einige Vertreter_innen der Opferverbände diesbezüglich nach wie vor eine andere Meinung zu haben scheinen, so bleibt doch zu hoffen, dass sich die verschiedenen Parteien auch in Zukunft weiter annähern können. Die Lektüre des Bandes empfiehlt sich für Lehrkräfte jedenfalls vor allem in Vorbereitung auf einen Besuch der Gedenkstätte, es können jedoch auch grundsätzliche Fragen der Gedenk- und Erinnerungspolitik anhand der verschiedenen Beiträge behandelt werden.

Informationen:

Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße
Potsdam

Leistikowstraße 1
14469 Potsdam

Tel. 0331-2011540

Email: mail@gedenkstaette-leistikowstrasse.de

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Sonntag 14 bis 18 Uhr
Führungen: Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr nach Voranmeldung
Montag geschlossen

Eintritt frei

Literatur:

Wolfgang Benz: Ein Kampf um Deutungshoheit. Politik, Opferinteressen und historische Forschung. Die Auseinandersetzungen um die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam. Metropol Verlag, Berlin 2013. 294 Seiten.

Kontroversen und zu DDR und Einheit im Unterricht

Von Gerit-Jan Stecker

Staatliches Erinnern, Gedenkstätten und politische Bildungsarbeit nähern sich der DDR vom Standpunkt, eine Diktatur zugunsten von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überwunden zu haben. Sie wollen der Opfer des SED-Regimes gedenken, zudem entspricht diese normative Perspektive den Forderungen vieler DDR-Oppositioneller und ist untrennbar mit dem demokratischen Umbruch von 1989 verbunden.

Den erinnerungskulturellen Alltag prägt dagegen oftmals die Wahrnehmung des sozialen Abstiegs und der wirtschaftlichen Unsicherheit, oft drückt sie sich in „Ostalgie“ aus. Lücken im Gedächtnis lassen sich dabei sowohl im offiziellen als auch im alltäglichen Erinnern feststellen: Vor allem die Erfahrungen von Migrant_innen in der DDR und nach der Deutschen Einheit gehen in der vereinfachenden Erzählung vom Ende einer Diktatur und dem Beginn der Freiheit unter. Das betrifft nicht nur die Diskriminierung und Gewalt in Ostdeutschland vor und nach 1989. Dass z. B. bis heute die Bundesrepublik Lohn- und Rentenansprüche vieler ehemaliger „Vertragsarbeiter“ aus der DDR ignoriert, hat im von der „Friedlichen Revolution“ überlagerten Geschichtslernen zur DDR keinen Platz.

Akteure der historisch-politischen Bildung weisen daher schon seit den 1980er-Jahren darauf hin, dass eine vom Normativen überlagerte, formalistische Gegenüberstellung

von „totalitärer“ DDR und „freiheitlich-demokratischer Grundordnung“ gerade dem Anliegen historischen Lernens entgegensteht: dem Erwerb historischer Urteilskraft. Das heißt, es besteht die Gefahr, dass die Fähigkeit zur reflexiven Analyse des Zeitgeschehens gerade nicht erworben wird. Die Gegenwart erscheint als alternativlos, ihr normativer Bezug auf Freiheit und Mitbestimmung wird mit deren Verwirklichung verwechselt und letztlich eine ahistorische Vorstellung vom Ende der Geschichte gelehrt (vgl. dazu den „Beitrag von Cornelia Siebeck in diesem Heft“ auf Seite 5).

Kontroversen

Aus der fehlenden Reflexion auf Werthaltungen mit Blick auf die DDR und ihr Ende resultieren wissenschaftliche Kontroversen; und eine Reihe politischer Debatten sind eng mit gedächtnispolitischen Perspektiven verknüpft. Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat einige Mitarbeiter des Sonderforschungsbereichs Universitäten Halle und Jena „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ für das Dossier „Lange Wege der Deutschen Einheit“ schreiben lassen.

Im Unterricht lassen sich diese Artikel mit einer entsprechenden Frage gut als Teil einer Rechercheaufgabe oder als Arbeitstext für Referate, Einzel- oder Gruppenarbeiten ab Klasse 10 verwenden.

Welche Berechtigung die Wahrnehmung hat, das Ende der DDR habe für viele ihrer ehemaligen Bürger innen Nachteile gebracht, stellt Stephan Lessenich anhand

Gedächtnislücken

verschiedener Studien und Statistiken dar. Tatsächlich hat die ostdeutsche Bevölkerung bemerkenswerte Wohlstands- und Wohlfahrtsgewinne erfahren, während die Lebenserwartung rapide gestiegen ist. Zugleich hat der grundlegende Wandel der Sozialordnung zu massiven Statuseinbußen für Viele geführt, ist die Arbeitslosigkeit weiterhin doppelt so hoch wie in den Alten Bundesländern und sind Vermögensbestände signifikant niedriger.

Der Anspruch der DDR, sozial gerecht zu sein sorgte dafür, dass das Risiko des sozialen Abstiegs relativ gering war, so Axel Salheiser. Zwar nahmen zum Ende der DDR Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten ab. Doch mit der sozialen Mobilisierung nach der Deutschen Einheit öffnete sich die Schere sozialer Ungleichheit erheblich.

Wirkt sich diese sozial-ökonomische Entwicklung auf die Beurteilung der DDR als „Unrechtsstaat“ aus? Everhard Holtmann zufolge beurteilen viele die DDR insgesamt positiver, weil ihr sie ihr Privatleben bis 1989 als relativ gelungen wahrnehmen. Tatsächlich aber, so argumentiert Holtmann, ging die SED mit allgemeinen Rechtsnormen willkürlich um, hat das Strafrecht politisch instrumentalisiert, ohne dass es die Möglichkeit gab, den politischen Aktionen rechtsgebunden entgegenzuwirken. Die DDR sei somit ein Unrechtsstaat gewesen.

Teil der DDR-Geschichte und der gesellschaftlichen Entwicklung nach dem Systemumbruch waren auch die sogenannten Vertragsarbeiter und -arbeiterinnen aus Mosambik, Vietnam, Kuba und anderen sozialistischen Ländern. Auf ihre Arbeit konnte die Industrie und der internationale Export der DDR nicht verzichten. Trotzdem waren sie besonders starken Einschränkungen und Drohungen ausgesetzt, privater Kontakt zwischen den Zugewanderten und den Staatsbürger_innen wurde möglichst unterbunden – und mit der Wende verloren die Vertragsarbeiter_innen jeglichen Rechtsstatus, also auch das Bleiberecht, und viele büßten Ansprüche auf Lohnanteile ein, die die DDR einbehalten hat (hier ein Beitrag dazu im Deutschlandfunk). Und von Rentenansprüchen kann keine Rede sein. Bleibt die Geschichte der Migrant_innen in der DDR ausgeblendet, können Fragen nach den „Kosten der Einheit“, nach sozialer Gerechtigkeit im SED-Regime und dem Charakter eines Unrechtsstaates auch im Unterricht nicht hinreichend behandelt werden.

Das Jugendmagazin der bpb, „fluter“, hat dazu knappe Erfahrungsberichte von ehemaligen Vertragsarbeiterinnen gesammelt. Sie passen gut auf ein Arbeitsblatt. Die Fernsehdokumentation „Honneckers Gastarbeiter – Fremde Freunde“ des Mitteldeutschen Rundfunks ist ebenfalls sehr empfehlenswert, sie zeigt die Geschichte der Vertragsarbeit von den 1960er-Jahren bis zu ihren Folgen in der Gegenwart. In der Ausgabe „Praxis Geschichte“ zu

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachdidaktik

„Einwanderung – Migration in Deutschland“ stellen einige Arbeitsblätter die Geschichte der „Vertragsarbeiter und Gastarbeiter“ einander gegenüber. Das Material richtet sich an die 9. und 10. Klasse, ist präzise, didaktisch abwechslungsreich aufbereitet und benötigt ca. zwei Unterrichtsstunden. Außerdem kann eine von der Amadeu-Antonio-Stiftung geförderte Ausstellung zum Thema entliehen werden.

Material:

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47524/kontroversen>

<http://www.fluter.de/de/DDR/thema/7555/>

<http://www.praxisgeschichte.de/heft/62150400/Ausgabe-Juli-Heft-4-2015-Einwanderung-Migration-nach-Deutschland>

Film:

<https://www.youtube.com/watch?v=IzBDz7OzP8c>

Ausstellung:

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projektfoerderung/geofoerderte-projekte/arbeit-mit-betroffenen-rechter-gewalt/neues-leben-in-der-ddr/>

Die Gedenk- und Bildungsstätte „Andreasstraße“ in Erfurt

Die Andreasstraße in Erfurt galt viele Jahrzehnte als Synonym für Verfolgung, Haft und Folter. Der Gefängnisbau im Zentrum der Stadt nahm bereits ab 1878 seinen Betrieb auf und wurde in den folgenden Jahrzehnten von den wechselnden Regierungen und Regimen als Haftanstalt genutzt. Während in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik in dem Gefängnis noch etwa 300 Häftlinge inhaftiert waren, sperrte man während der Zeit des Nationalsozialismus oft bis zu 400 Gefangene in die Zellen. Die Andreasstraße wurde zum Ort der Unterdrückung Andersdenkender, an dem der Terror und die Verfolgung seine schreckliche Realisierung fand. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 und der Gründung der DDR 1949 diente das Haus zunächst als Haftanstalt der regulären Polizei, wurde jedoch ab 1952 zusätzlich durch das Ministerium für Staatssicherheit genutzt. Während im Keller und im Erdgeschoss nach wie vor in erster Linie kriminelle Häftlinge einsaßen, dienten die beiden oberen Etagen als Haftstätte für politische Gefangene. Bis zur deutschen Vereinigung waren hier etwa 5.000 Personen, die aufgrund ihrer oppositionellen Haltung inhaftiert worden waren, inhaftiert. Doch heute, mehr als 25 Jahre später, steht der Ort nicht nur für die Verfolgung jener, die sich gegen das jeweilige herrschende System stellten und deshalb Verfolgung, Haft und Folter über sich ergehen lassen mussten. Er steht auch für den Widerstand selbst und schließlich für die zurückgewonnene

Freiheit. Denn am 4. Dezember 1989 besetzten Erfurter Bürger_innen das Gebäude in der Andreasstraße im Zuge des demokratischen Umschwungs und nutzten die leer gewordenen Zellen zur Lagerung der sichergestellten Stasi-Unterlagen – es war die erste Besetzung einer Niederlassung der Staatssicherheit, weitere sollten in den kommenden Tagen und Wochen folgen.

HAFT, DIKTATUR, REVOLUTION: Thüringen 1949-1989

Seit 2013 befindet sich in dem Gebäude des ehemaligen Gefängnisses eine Gedenkstätte, die an die vielschichtige und wechselhafte Geschichte des Ortes erinnern soll. Ein Blick auf die Website der Einrichtung zeigt jedoch, dass dabei in erster Linie dem letzten Kapitel, also jener Zeit gedacht wird, in der das Haus als Stasi-Gefängnis genutzt wurde. Ob dies ein Resultat der, auf der Website als „heftige Kontroversen“ bezeichneten Auseinandersetzungen um die inhaltliche Ausrichtung des Ortes ist, bleibt unklar. Der Begriff der doppelten Erinnerung – sonst oft in Zusammenhang mit Orten verwendet, denen im Kontext beider Regime eine strukturelle Bedeutung zukam, bezieht sich hier auf die Unterdrückung der Inhaftierten während der Zeit der DDR auf der einen Seite und auf die Geschichte der friedlichen Revolution auf der anderen. Dennoch bemüht sich die Gedenkstätte, die unter der Trägerschaft der Stiftung Ettersberg vom Freistaat Thüringen steht und von dieser in Kooperation mit Zeitzeugenverbänden und externen Fachleuten erarbeitet wurde, um einen multiperspektivischen Blick auf die

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Vorstellung Lernort

Geschichte. Die 2013 eröffnete Dauerausstellung widmet sich auf verschiedenen Ebenen den drei Kernthemen Haft, Diktatur und Revolution, wobei sich die Besucher_innen hier von oben nach unten „vorarbeiten“ und jede Etage dabei für ein neues Kapitel in der Geschichte des Hauses steht. Das Ende bildet schließlich der an das historische Gebäude angeschlossene Neubau – ein Kubus, auf dessen schwarz-verspiegelter Fassade sich ein riesiger Comic im Stil einer Graphic Novel befindet – und in dem die Geschehnisse entlang des demokratischen Umschwungs des Jahres 1989 dargestellt werden.

Bildungsangebot

Neben der Möglichkeit einer klassischen Führung bietet die Gedenkstätte auch einen Audioguide, der für drei Euro vor Ort ausgeliehen werden kann. In dem Guide führen Zeitzeug_innen die Besucher_innen durch die Gedenkstätte und laden auf einen Rundgang durch die Stadt ein, bei dem die wichtigsten Orte der friedlichen Revolution in Erfurt angesteuert werden. Des Weiteren bietet die Gedenk- und Bildungsstätte verschiedene pädagogische Angebote, die von Schulklassen und anderen Gruppen je nach Alter und Interesse genutzt werden können. Neben verschiedenen thematischen Führungen und Projekttagen gibt es hier auch die Möglichkeit, sich dem Thema beispielsweise im Rahmen eines Comic-Workshops oder durch die Produktion einer eigenen Radiosendung zu nähern. Zusätzlich zu den Angeboten vor Ort gibt es auch ein Buch zur Dauerausstellung sowie ein „Mitmachbuch“, mit dem sich Kinder ab sechs Jahren

auf spielerische und kreative Weise mit der Thematik auseinandersetzen können. Beide Bücher können für eine Schutzgebühr von 7,50 bzw. 3 Euro sowohl in der Gedenkstätte erstanden als auch auf der Website bestellt werden.

Informationen:

Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße (<http://www.stiftung-etttersberg.de/andreasstrasse/besucherdienst/>)

Stiftung Eттtersberg
Andreasstraße 37a
99084 Erfurt

Tel.: (0361) 219212-0

Fax: (0361) 219212-20

Email: andreasstrasse@stiftung-etttersberg.de

Stalin hat uns das Herz gebrochen

Von Gerit-Jan Stecker

Viele Kommunist_innen und Sozialist_innen überlebten den Nationalsozialismus nicht in der Sowjetunion, sondern in westlichen Ländern wie der Schweiz, Mexiko oder dem Vereinigten Königreich. Als nach 1945 nicht wenige nach Deutschland zurückkehrten, in die SBZ/DDR, schlug ihnen Misstrauen entgegen. Obwohl sie kamen, „um einen Traum zu verwirklichen: ein besseres, ein friedliches, ein demokratisches, ein sozialistisches Deutschland“, wie es im Dokumentarfilm „Stalin hat unser Herz gebrochen“ von Minka Pradelski und Eduard Erne heißt, wurden über 300 Genoss_innen überprüft, aus der Partei ausgeschlossen, manche verschwanden für Jahre im Gefängnis.

Sie waren überzeugte und opferbereite Mitglieder der Kommunistischen Partei. Warum also diese Repressionen? Die Antwort der Dokumentation lautet: Zum einen wird Antisemitismus nach dem Zweiten Weltkrieg im entstehenden Ostblock von Stalin instrumentalisiert, um seine Macht zu demonstrieren und seinen Alleinherrschaftsanspruch in der heterogenen kommunistisch-sozialistischen Bewegung zu festigen. Zum anderen zeigt die NDR-Produktion, wie unter den neuen Vorzeichen des Antizionismus und Antiimperialismus Antisemitismus weiterbestand.

Empfehlung Film

Auftakt in Ungarn

Im Zentrum der Erzählung stehen die Biographien vier jüdischer Kommunist_innen und ihrer Angehörigen:

Die gebürtige Ungarin Ibolya Steinberger erzählt, wie sie in der Schweiz überlebt. Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs gehen sie und ihr Mann Bernd nach Leipzig. 1949 eskaliert der Kalte Krieg, Stalin bricht mit Titos Jugoslawien, und wie schon im Spanischen Bürgerkrieg unterstreicht er blutig: Es darf keinen anderen Weg zum Kommunismus geben außer dem unter der sowjetischen Führung. In Ungarn wird der Minister der Volksrepublik Laszlo Rajk als angeblicher titoistischer Spion mit dem Ziel, den Sozialismus zu stürzen, verurteilt. Zur Schlüsselfigur avanciert der britische Marxist und ehemalige Sowjetspion Noel Field. Dieser hatte mit einer christlichen Tarnorganisation so viele Menschen vor den Nazis gerettet, dass um ihn herum eine weitreichende westliche Verschwörung konstruiert werden konnte. Ibolya Steinberger verschwindet während eines Ungarnaufenthalts allein aufgrund ihrer Kontakte zu Exilant_innen, die wiederum mit Field in Berührung gekommen waren, für sechs Jahre im Gefängnis, ihr Mann wird aus Leipzig ins sowjetische Arbeitslager verschleppt.

Auf dem Dritten Parteitag der SED erklärt Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, Lehren aus den Rajk-Prozessen gezogen zu haben: „Die Aufgabe unserer Partei besteht darin, die trotzkistische und titoistische Agentur ins unseren Reihen auszumerzen.“

Lernen aus der ■ Geschichte

Empfehlung Film

Alle, die aus dem westlichen Exil zurückgekehrt waren, werden erfasst und zu ihren Kontakten verhört; auch Bruno Goldhammer, ein investigativer Journalist aus Dresden, der aufgrund seiner Enthüllungen in der Weimarer Republik mehrfach inhaftiert und in der Schweizer Emigration zeitweise in einem „Lager für Linksextremisten“ interniert war. Seine bürgerliche jüdische Herkunft bedeutete ihm nichts und politisch war er kein Dogmatiker. Auch ihm wird Kontakt zu Noel Field unterstellt. Als nicht weniger als „Feind des deutschen Volkes“ wird er im August 1950 verurteilt.

Die Slaňsky-Prozesse – eine neue Dimension

Mit den Slaňsky-Prozessen erhalten die stalinistischen „Säuberungen“ der kommunistischen Parteien eine neue Dimension. 1952 werden Rudolf Slaňsky, Generalsekretär der tschechischen KP, und dreizehn weitere tschechische Regierungsmitglieder verhaftet. Elf von ihnen sind jüdischer Herkunft. Jetzt wird ein Antisemitismus nach Auschwitz deutlich. Die Rede ist nun von Zionisten, amerikanischen Imperialisten – und es gibt eine klare Abwehrhaltung gegen eine vermeintliche „Antisemitismus-Keule“. Chefankläger Josef Urvalek: „Als Stimmen aus dem Volk gegen die Zionisten zu vernehmen waren, haben sie ein Geschrei von der Gefahr des Antisemitismus erhoben, um zu verdecken, dass sie die Klasseninteressen der jüdischen Bourgeoisie durchzusetzen versuchen. Und sie haben sich mit dem Wildzionismus [sic!], dem amerikanischen Imperialismus verbündet.“

Zwei Monate nach den Slaňsky-Prozessen wird eine angebliche Verschwörung jüdischer Ärzte gegen Stalin aufgedeckt. Spätestens jetzt spielt die jüdische Herkunft auch in der DDR wieder eine Rolle: Die SED zieht „Lehren aus den Slaňsky-Prozessen“, es hagelt Artikel gegen die „jüdische Bourgeoisie“, jüdische Funktionäre im Staatsdienst werden überprüft und schließlich mehr als 300 Genoss_innen ausgeschlossen, degradiert oder in geheimen Prozessen verurteilt. So auch Helga Ehlerts Mann Hermann. Er steht nicht zuletzt als ehemaliger Spanienkämpfer unter Verdacht. Sie berichtet im Interview, wie ihr Kind ins Heim kommt und sie völlig verarmt zurückbleibt.

Neuer Antisemitismus in der DDR

Zwar verfolgt und verurteilt die DDR antisemitische Vorfälle in der Bevölkerung. Doch auch die jüdischen Gemeinden werden überprüft. Diese waren kleine Gruppen von Überlebenden aus den KZs und „Displaced Persons“ – entwurzelte Flüchtlinge, die sich sammelten, um jüdisches Leben wieder entstehen zu lassen. Der „Joint“, das amerikanisch-jüdische Hilfskomitee, verteilte z. B. in der Leipziger Gemeinde gespendete Lebensmittel und Lebensmittel an die Überlebenden. Und eine neue Legende entsteht: In Wahrheit würde der US-Geheimdienst Spione in der DDR anwerben. Die Vorstände der Gemeinden fliehen, um der drohenden Verhaftung zu entgehen – und in einem Klima der Angst ein großer Teil der Gemeindeglieder.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Film

Die DDR bereitet einen Schauprozess gegen West-Exilanten unter Moskauer Direktive vor. Protagonist wird Hans Schrecker, der ehemalige Chefredakteur der großen Illustrierten „Zeit im Bild“. Zwar war er mit den Alliierten schon 1945 zurückgekehrt, um den Sozialismus aufzubauen. Aber er war im Prager Exil und Jude, und auch Elfriede Wagner, seine Frau, erzählt im Interview von den antisemitischen Beschimpfungen, der sozialen Isolation und den Schikanen gegen die Familie.

Doch Stalins Tod 1953 kommt einem Schauprozess in der DDR zuvor. Zudem befindet sie sich zu sehr im internationalen Fokus, dient als Schaufenster zum nahen Westen. Dennoch bleiben viele noch lange in Haft, Goldhammer und Schrecker z. B. bis 1956. Vollständig rehabilitiert in der DDR werden sie nie. Doch sie emigrieren nicht in den Westen, bleiben weiter Kommunist_innen.

Im Unterricht

Mit historischen Film- und Fotoaufnahmen (etwa aus „Der Augenzeuge“), mit aktuellen Bildern damaliger Schauplätze und einem allwissenden Erzähler aus dem Off ist „Stalin hat uns das Herz gebrochen – Jüdische Genossen in der jungen DDR“ von Minka Pradelski und Eduard Erne ein klassischer, objektivierender Kompilationsfilm. Die Off-Stimme zitiert aus Dokumenten, erklärt Hintergründe und Zusammenhänge, während die „jüdischen Genossen“ in Interviews von ihren Schicksalen berichten. Diese sind sehr berührend, allen gemeinsam ist ein persönlicher Sinnverlust. Der Film kommt dabei ohne Reenactment aus.

Für die Auswertung im Geschichtsunterricht kann dieses Doku-Format allerdings etwas von Nachteil sein, insofern die Quellen einiger Zitate nicht eindeutig zugeordnet werden. Erst im Abspann ist zu lesen, dass die meisten Aussagen aus "Erich Mielke – Biographie" von Wilfriede Otto und aus Quellenbeständen u. a. der Archive der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung, des Bundesarchivs, der Jüdischen Gemeinde Leipzig sowie des Tschechischen und Ungarischen Filmarchivs stammen.

Dennoch ist der Film zu empfehlen, wenn es um eine differenzierte Thematisierung von modernem Antisemitismus geht. Die Klasse könnte etwa Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen nationalsozialistischem Antisemitismus und Verfolgung von Juden und Jüdinnen in der DDR diskutieren – bspw. in Bezug auf den konstitutiven Charakter der Judenvernichtung im NS und dem Umstand, dass die DDR nach 1956 einer der sichersten Staaten für Juden wurde, indem es anders als etwa in der Bundesrepublik keine Anschläge gab. Transformationen und Kontinuitäten von Antisemitismus in der Bevölkerung und in Institutionen nach Auschwitz stellen ein ebenso sinnvolles Anschlusssthema dar wie das Problem des staatlich verordneten Antifaschismus in der DDR. Eine exakte Begriffsbestimmung von Faschismus und Nationalsozialismus kann daraus folgen. Dem Komplex „Rechtsextremismus und Antisemitismus im real existierenden Sozialismus“ widmet sich die LaG-Ausgabe vom Oktober 2014 (<http://lernen-aus-der-geschichte>.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Film

[de/Lernen-und-Lehren/content/12058](https://www.youtube.com/watch?v=R6jALfmbMmU)).

Nicht zuletzt lässt sich die Frage kaum ausklammern, warum die Opfer der sogenannten Säuberungen bis zuletzt an der kommunistischen Idee festgehalten haben.

In einem weiteren Schritt kann eine Oberstufen-Klasse über Schwierigkeiten einer Gleichsetzung „zweier Diktaturen“ in einer „doppelten Vergangenheit“ gerade anhand von Judenverfolgung sprechen. Als Ausgangspunkt, um die totalitarismustheoretische Instrumentalisierung von stalinistischem Antisemitismus zu diskutieren, bietet sich die Frage an, warum das Gedenken an die jüdischen Opfer der stalinistischen Säuberungen in einem offiziellen Gedenken an die DDR keine Rolle spielt.

Stream: <https://www.youtube.com/watch?v=R6jALfmbMmU>

Film:

Stalin hat uns das Herz gebrochen – Jüdische Genossen in der jungen DDR. Dokumentarfilm, 52 Minuten, Deutschland 2000. Regie und Produktion: Minka Pradelski und Eduard Erne (Als Fernsehbeitrag gekürzt auf 45 Minuten 2003 vom NDR ausgestrahlt).

Unser nächstes Magazin erscheint am 25. Mai 2016
und trägt den Titel „Gulag“

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstraße 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bilung.de/>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Anne Lepper, Ingolf Seidel und Gerit-Jan Stecker

Die vorliegende Ausgabe des LaG-Magazins wurde gefördert durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.